



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für internationalen Handel

2013/2017(BUD)

29.5.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Haushaltsausschuss

zu dem Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2014
(2013/2017(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Peter Šťastný

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass im Haushaltplan der Europäischen Union die im Rahmen der Strategie EU2020 für die gemeinsame Handelspolitik definierten Prioritäten berücksichtigt werden sollten; fordert die Kommission auf, einen Teil der in Titel 20 – Handel des Einzelplans III des EU-Haushaltsplans 2014 veranschlagten Mittel für die Überprüfung der handelspolitischen Strategie der EU zu verwenden, wenn die Überprüfung 2013 nicht erfolgt;
2. bestätigt, dass die EU als wichtiger Handelsakteur alles in ihrer Macht stehende tun muss, um dazu beizutragen, das multilateral errichtete Welthandelssystem wieder zu stärken, indem sie neue Vorschläge ausarbeitet und konkrete Initiativen ergreift; ist daher der Auffassung, dass die Kommission für diese Aufgabe über alle erforderlichen Kapazitäten verfügen muss;
3. verweist auf die erneuerten Zusagen der EU, die Internationalisierung und Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu fördern; erkennt an, dass die Effizienz der vorhandenen Instrumente in diesem Bereich gesteigert werden muss, und verlangt von der Kommission eine rasche Umsetzung des Pilotprojekts, das darauf abzielt, eine Plattform für die Internationalisierung von Unternehmen zu schaffen;
4. unterstreicht, dass im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik den Partnern der EU weiterhin angemessene handelsbezogene technische Unterstützung und Hilfe geleistet werden sollte, was insbesondere für die Länder der östlichen Partnerschaft gilt, die im Begriff sind, weitreichende und umfassende Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen oder zu schließen, sowie für die arabischen Länder nach dem Arabischen Frühling;
5. ist der Ansicht, dass umfangreichere Ressourcen bereitgestellt werden sollten, um die Kapazität der Kommission sicherzustellen, Handelsabkommen möglichst rasch auszuhandeln, zu überprüfen und umzusetzen; stellt fest, dass die entsprechende Kapazitätsaufstockung um so wichtiger ist, als die bilaterale Agenda der EU kürzlich auf weitere wesentliche bilaterale Handelsverhandlungen (z.B. mit den USA und Japan) ausgeweitet wurde, deren Ehrgeiz und Potenzial für das Wachstum in der EU die Zuweisung von zusätzlichen Ressourcen an die Kommission verdienen;
6. betont, dass die Korrektur der Diskrepanz zwischen der sich ausweitenden Agenda der EU für Handelsverhandlungen und ihren begrenzten Mitteln angesichts der gegenwärtigen Haushaltszwänge zunächst und vor allem durch angemessene Ressourcen und eine Neuverwendung des Personals innerhalb der Kommission bewältigt werden könnte;
7. weist nachdrücklich darauf hin, dass den Zielen der EU, eine bessere Integration des Handels sowie die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Stabilität zu fördern, bei den Mittelansätzen für die Handelshilfe, das Partnerschaftsinstrument und das Instrument für makrofinanzielle Hilfe Rechnung getragen werden muss; lehnt daher jegliche Verringerung der Mittelansätze für den Europäischen Fonds für die Anpassung an

die Globalisierung ab; befürwortet eine zielgerichtetere und wirksamere Mittelverwendung; unterstützt in diesem Zusammenhang die Zuweisung spezifischer Mittel, um die Verluste auszugleichen, die die Entwicklungsländer in spezifischen Wirtschaftssektoren infolge der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der EU erleiden;

8. fordert die Kommission auf, das Parlament wirksamer in die Umsetzung der Vorschläge einzubeziehen, die es entweder im Rahmen einer Änderung des Geltungsbereichs von Haushaltlinien oder von vorbereitenden Maßnahmen und Pilotprojekten unterbreitet, um seine Vorstellungen besser zu respektieren und die Kontrolle über die Umsetzung tatsächlich sicherzustellen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	28.5.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 25 -: 2 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	William (The Earl of) Dartmouth, Laima Liucija Andrikienė, Maria Badiá i Cutchet, David Campbell Bannerman, Daniel Caspary, María Auxiliadora Correa Zamora, Andrea Cozzolino, George Sabin Cutaş, Christofer Fjellner, Metin Kazak, Franziska Keller, Bernd Lange, David Martin, Vital Moreira, Paul Murphy, Cristiana Muscardini, Franck Proust, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Niccolò Rinaldi, Peter Šťastný, Robert Sturdy, Henri Weber, Iuliu Winkler, Jan Zahradil, Paweł Zalewski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Amelia Andersdotter, Catherine Bearder, Elisabeth Köstinger, Mario Pirillo, Marietje Schaake, Jarosław Leszek Wałęsa
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Marie-Christine Vergiat